

Der Vollzugsdienst

6/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

JVA Kleve: NRW-Opposition attackiert Justizminister und auch den Vollzug

Brandsachverständiger kommt zu eindeutigem Ergebnis

Seite 1

Birgit Kannegießer fordert Rückendeckung für die hessischen Vollzugsbediensteten

61. BSBD-Gewerkschaftstag tagte in Butzbach

Seite 29

Außerordentliche Sicherheitsstörungen standen im Zentrum der Beratungen

Landesregierung hält am Abbau der Personalengpässe im Vollzug fest

Seite 54

WIR WÜNSCHEN ALLEN
KOLLEGINNEN UND
KOLLEGEN UND
IHREN FAMILIEN
FROHE WEIHNACHTEN
UND EIN GLÜCKLICHES
NEUES JAHR 2019.
IHRE BSBD
BUNDESLEITUNG



Foto: © Sonnem/AdobeStock

Wiedergewählt:
Landesvorsitzender
Hans-Jürgen
Papenfuß



Mecklenburg-Vorpommern

Wieder-
gewählt:
Landes-
vorsitzender
Winfried
Conrad



Rheinland-Pfalz

Neu gewählt:
Landes-
vorsitzender
Thomas
Steen



Schleswig-Holstein

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Brand in der JVA Kleve:
NRW-Landtagsopposition attackiert
Justizminister und auch den Vollzug
- 4 Umfrage zum Thema
„Gewalt gegen Bedienstete“ –
Wie aussagekräftig ist die bisherige
Gewaltstatistik?
- 4 Vorbereitung der Tarifverhandlungen
in vollem Gange –
Branchentag im Justizvollzugsranken-
haus Fröndenberg
- 5 Anstehende Tarifverhandlungen
werden nicht leicht –
Gemeinsames Auftreten des
AK Tarifs ist wichtig
- 6 2. dbb Bundesseniorenkongress –
146 Anträge standen zur Abstimmung
- 6 Seminar zum Thema
Europa am Wendepunkt?
- 7 Wir machen es?
Medienarbeit im BSBD!

LANDESVORBÄNDE

- 8 Baden-Württemberg
- 17 Bayern
- 18 Berlin
- 22 Brandenburg
- 25 Hamburg
- 29 Hessen
- 40 Mecklenburg-Vorpommern
- 47 Niedersachsen
- 52 Nordrhein-Westfalen
- 66 Rheinland-Pfalz
- 71 Saarland
- 72 Sachsen
- 76 Sachsen-Anhalt
- 78 Schleswig-Holstein
- 82 Thüringen
- 83 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2019:



12. Februar 2019



Aktuelle Presseerklärung des BSBD-Landesvorsitzenden an dpa vom 7. November 2018

Strafvollzugsexperte warnt vor falschen Erwartungen und einer andauernden Überlastung

Vor dem Hintergrund der anhaltenden öffentlichen Debatte um eine hohe Zahl an nicht vollstreckten Haftbefehlen auf Bundes- und auf Landesebene warnt der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Strafvollzug **BSBD, Alexander Schmid**, der selbst seit 1991 im Justizvollzug tätig ist, vor einer vollkommen falschen Sicht auf die aktuelle Handlungsfähigkeit des Strafvollzuges in Baden-Württemberg.

„Auch wenn die gehandelten Zahlen von bis zu 20.000 Haftbefehlen natürlich nicht gleichbedeutend mit einer Inhaftierungswelle sein können, kann ich nicht umhin, ihnen klar zu sagen, dass zumindest der Justizvollzug in BW auch nicht ansatzweise in der Lage wäre, diese Aufgabe der zusätzlichen Inhaftierung einer größeren Zahl von Menschen zu bewältigen. Weder sind die notwendigen Haftplätze vorhanden, noch auch nur annähernd das notwendige Personal.“

Schon jetzt fehlen uns ca. 1.000 Haftplätze (also zwei große Haftanstalten) und mindestens 300 Personalstellen in Baden-Württemberg. Dies ist keine ge-



Alexander Schmid, Landesvorsitzender BSBD Baden-Württemberg. Foto: BSBD BW

werkschaftliche Schwarzmalerei, sondern auch in der Landtagsdrucksache 16/4868 vom 27.09.2018 so nachzulesen.

„Wer also heute davon träumt, dass aufgrund einer besser ausgestatteten Polizei und besser aufgestellter Gerichte, die es natürlich verdient haben verstärkt zu werden, „Alles gut wird“, der liegt falsch“. Die Gefängnisse im

Land stehen am Rande des Kollaps, und die Beschäftigten brechen uns immer mehr aufgrund der anhaltenden Dauerbelastung weg.... Krankheitszahlen, die nur noch die Richtung nach oben steigend kennen (ca. 25 Tage pro Jahr im uniformierten Dienst) sind hier ein untrügliches Zeichen dafür“.

„Ich will aber klar betonen, diese Situation ist eine „Gemeinschaftsproduktion“ vieler Parteien und Beteiligten über viele Jahre, als das Thema Sicherheit halt nicht so „en vogue“ war. Zwar versucht Minister **Wolf** mit Engagement das Ruder herumzureißen, aber ich habe die Befürchtung, dass er nicht die notwendige flächendeckende Unterstützung der politisch Verantwortlichen (z.B. in der Haushaltskommission) erhalten wird. Zum Schwur wird es also dann kommen, wenn es um den Haushalt geht und um eine überfällige Verstärkung und Reform des Strafvollzuges“.

Das Schlimme ist, dass der einzelne Mitarbeiter im Justizvollzug den politischen Scherbenhaufen der vergangenen Legislaturperioden nun aufkehren darf und dazu gefühlt von der Politik nicht mal Besen und Schaufel an die Hand bekommt, sondern es mit den bloßen Händen tun darf“.

Steter Dialog des BSBD mit CDU-Fraktion zahlt sich aus

Vorsitzender Schmid wird zu Haushaltsplanungen informiert

Im Rahmen der Verhandlungen zu einem Nachtrag zum Doppelhaushalt 2018/19 hat sich die CDU-Landtagsfraktion mit einem erläuternden Schreiben an den BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid gewandt. Die Inhalte des Schreibens sind aber sicher auch für alle Mitglieder des BSBD sehr interessant. Daher veröffentlichen wir das Schreiben hier in unserem baden-württembergischen Landesteil.

Bitte beachten Sie, dass die im Schreiben angesprochenen Änderungen bei der Höhe des Anwärtersonderzuschlages nur für die Bereiche Werkdienst und Pflegedienste vorgesehen sind.

Im Vollzugsdienst des Justizvollzuges ist entgegen unseren Forderungen auf mindestens 60 % die Höhe unverändert mit 55 % veranschlagt, jedoch wurde unserer langjährigen Forderung nach Wegfall bzw. deutlicher Korrektur der „Altersgrenze von 27 Jahren“ Rechnung



BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid mit Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, Fraktionsvorsitzender der CDU. Foto: CDU-Fraktion BW

getragen. Die Entwürfe zur Änderung der „Anwärtersonderzuschlagsverordnung“ und des Landesbesoldungsgesetzes befinden sich beide in der parlamentarischen Beratung und wir gehen

in beiden Fällen von einer Wirksamkeit ab dem Jahr 2019 aus. Wir freuen uns jedenfalls, ihnen hier positive Ergebnisse unserer Arbeit präsentieren zu können. *Alexander Schmid*



Herrn Landesvorsitzenden
Alexander Schmid
Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands im dbb
23. Oktober 2018/TB

Nachtrag zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018 und 2019

Sehr geehrter, lieber Herr Schmid, sehr geehrte Damen und Herren, die Landesregierung hat nach vorhergehenden Verhandlungen mit den Regierungsfractionen am 23. Oktober 2018 beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 in den Landtag einzubringen. Mit einer endgültigen Beschlussfassung des Nachtragshaushalts durch den Landtag ist für den 12. Dezember 2018 zu rechnen.

Der CDU-Landtagsfraktion ist es nach der Schaffung von 151 Neustellen für Justizvollzugsbedienstete in den Jahren 2018 und 2019 in den Verhandlungen erneut gelungen, den Justizvollzug durch verschiedene Maßnahmen zu stärken.

Für die Ausbildung in den mittleren Diensten des Justizvollzuges stehen im Jahr 2019 insgesamt 350 Anwärterstellen zur Verfügung. Der derzeit aufgrund von Neustellen und hoher Fluktuation besonders hohe Ausbildungsbedarf erfordert zur zeitnahen Ausbildung eine Erhöhung der Anwärterstellen. Die Einstellung eines Mehrbetrags von 627.000 Euro in den Nachtragshaushalt ermöglicht es, 30 Anwärterstellen im Justizvollzug zusätzlich zu schaffen.

Die Schaffung von Anwärterstellen alleine genügt jedoch nicht. Aus vielen Gesprächen mit Ihnen und weiteren Vollzugspraktikern wissen wir, dass es unabdingbar ist, die finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern, um die dringend benötigten und entsprechend qualifizierten Anwärter für den Strafvollzug zu gewinnen.

Im Zuge von Umschichtungen der Beamten- zu den Anwärterbezügen wird daher der Anwärtersonderzuschlag für Obersekretäranwärter sowie für Ober-

werkmeisteranwärter von aktuell 55 auf 70 Prozent des Anwärtergrundbetrages angehoben werden. Für diese Investition in die Zukunft des Justizvollzugs wird das JuM im kommenden Jahr 640.000 Euro aufwenden.

Wie Sie, sehr geehrter Herr Schmid, wissen, ist der CDU-Landtagsfraktion auch die Angleichung der medizinischen Versorgung der Gefangenen an den Standard der gesetzlichen Krankenversicherung ein wichtiges Anliegen. So ist es der Fraktion gelungen, die ärztliche Versorgung der Gefangenen im Nachtragshaushalt mit 600.000 Euro im Jahr 2018 und 800.000 Euro im kommenden Jahr zu stärken.

Den Weg zur weiteren Verbesserung der Arbeits- und Unterbringungssituation in den Justizvollzugsanstalten des Landes Baden-Württemberg möchten

wir auch im Zuge des nächsten Doppelhaushalts gemeinsam mit Ihnen gehen. Das Erreichen wichtiger Etappen verlangt es auch, innezuhalten und zurückzublicken: Ohne Ihr unermüdeliches Engagement, Ihre Offenheit und Ihre fachliche Expertise hätten wir dies nicht geschafft. Wir bedanken uns daher recht herzlich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und Ihre konstruktive Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „Moderner Strafvollzug“ und verbleiben mit freundlichen Grüßen

*Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL,
Fraktionsvorsitzender
Dr. Bernhard Lasotta MdL,
Rechtspolitischer Sprecher
Tobias Wald MdL,
Finanzpolitischer Sprecher
Karl Zimmermann MdL,
Strafvollzugsbeauftragter*

Am Rande des Parteitages der GRÜNEN in Konstanz am 06.10.2018

Gespräch mit MdL Andreas Schwarz



**BSBD-Chef
Alexander
Schmid mit
Fraktionschef
Andreas
Schwarz MdL.
Foto: BSBD BW**

Samstag hin – Samstag her: Landesvorsitzender Alexander Schmid hat sich am 6. Oktober 2018 gerne die Zeit für einen Besuch des Parteitages der GRÜNEN in Konstanz genommen.

Und obwohl dort natürlich ganz andere Themen im Vordergrund standen (wie z.B. Wohnen und bezahlbarer Wohnraum), die aber ganz sicher auch die Beschäftigten des Justizvollzuges als ebenfalls häufig Betroffene tangieren, führte er ein längeres Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg, MdL **Andreas Schwarz**. Der Abgeordnete **Schwarz** hatte kurz zuvor zusammen

mit MdL **Filius** die Justizvollzugsanstalt Adelsheim besucht und war sichtlich bewegt von dem tiefen Einblick in den Justizvollzug, der ihm dort gewährt worden war. „Da müssen wir etwas tun, Herr **Schmid**“ waren seine Worte, die sich pauschal auf notwendige Verbesserungen im Justizvollzug bezogen und die sicher auch Folge der zwei vorausgegangenen Gespräche des Landesvorstandes mit MdL **Schwarz** waren.

Gut so, wir werden die Unterstützung gerne einfordern, das schon terminierte Gespräch des Landesvorstandes mit den GRÜNEN wird sicher Gelegenheit geben, die weitere Vorgehensweise und unsere Zielsetzungen zu erörtern.

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtdarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-8664422
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Anwärtersonderzuschläge werden deutlich verbessert

BSBD erreicht weitere Verbesserungen für den Justizvollzug



Von links:
Rainer Stickerberger MdL,
Sascha Binder MdL, BSBD-Landesvorsitzender
Alexander Schmid und
Ernst Kopp MdL.
Foto:
BSBD LV

In vielen Gesprächen der letzten Jahre – so auch am 6. Oktober 2016 (s. Foto) – hatte der BSBD auf die sich deutlich abzeichnenden Probleme bei der Gewinnung von Nachwuchs für den ohnehin schon personell arg strazierten Justizvollzug hingewiesen.

In keinem der Gespräche, die unter anderem mit dem Justizminister, den Fraktionen der Grünen, CDU, SPD und FDP stattgefunden hatten, hatte es der BSBD versäumt, in diesem Zusammen-

hang auch auf die notwendige deutliche Anpassung der Anwärtersonderzuschläge und der Bezugsregelungen hierzu, hinzuweisen. Sowohl eine Erhöhung des Anwärtersonderzuschlages für Bereiche, die eine besondere vorherige Qualifikation erfordern (Werkdienst und Krankenpflege- und Sozialtherapie-Bereich) als auch auf die Notwendigkeit, die Altersbeschränkung für den Bezug im Bereich des Vollzugsdienstes im Justizvollzug abzuschaffen, wurde fortwährend hingearbeitet.

Dass im Zuge der jetzt eingehenden Informationen auch die Einführung des Anwärtersonderzuschlages für den Bereich des Abschiebehaftevollzugsdienstes kommen soll, freut uns als gewerkschaftliche Vertretung der Kolleginnen und Kollegen im Abschiebehaftevollzug in Pforzheim sehr. Der BSBD hätte sich auch schon jetzt eine moderate Anhebung des Anwärtersonderzuschlages für den Vollzugsdienst im Justizvollzug von 55 % auf 60 % gewünscht, aber auch da werden wir mit Sicherheit weiter am Ball bleiben.

Wir danken allen Beteiligten, insbesondere aber Herrn MdL Sascha Binder und dem Arbeitskreis Justiz der SPD-Fraktion, die uns bei diesem Anliegen immer sehr intensiv unterstützt hatten. Es freut uns, dass ganz offensichtlich die Worte und die fundierten Argumente des BSBD erneut auf breite Zustimmung gestoßen sind. Ein weiterer kleiner Schritt in der Entwicklung des Justizvollzuges hin zu einem zukunftsfähigen elementaren Teil der „Sicherheitsarchitektur Baden-Württemberg“ ist getan.

Es gilt weiterhin der Leitspruch, dass es nicht darauf ankommt, die Zukunft vorherzusagen, sondern auf sie vorbereitet zu sein. *Alexander Schmid*

Den Justizvollzug vor Ort und hautnah erleben

Landtagsabgeordnete der GRÜNEN zu Besuch im Justizvollzug am 18. September 2018

Die Justizvollzugsanstalt Konstanz war Ziel der beiden Landtagsabgeordneten Nese Erikli und Jürgen Filius, die beide der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN angehören. MdL Nese Erikli war hierbei in ihrer Funktion als lokale Abgeordnete der GRÜNEN für Konstanz und MdL Jürgen Filius als Strafvollzugsbeauftragter der Landtagsfraktion der GRÜNEN anwesend.

Beide Abgeordnete nahmen sich viel Zeit für die Themen des Justizvollzuges. So konnten neben der Anstaltsleitung auch Vollzugsdienstleitung, Personalrat, Sozialdienst und nicht zuletzt die Beauftragte für Chancengleichheit auf die Fragen der Abgeordneten kompetent Antwort geben. Auf Wunsch und Einladung von MdL Filius war auch der Landesvorsitzende des BSBD, Alexander Schmid, beim Gespräch und bei der sich anschließenden Führung durch die Justizvollzugsanstalt dabei. Insbesondere Frau Erikli zeigte sich bei ihrem

ersten Besuch einer Justizvollzugsanstalt sehr beeindruckt von den Gegebenheiten und den sehr angespannten Arbeits- und Rahmenbedingungen, die nicht nur den Alltag in der Justizvollzugsanstalt Konstanz kennzeichnen. BSBD-Chef Schmid machte aus seiner Hoffnung nach einer zügigen Reform des Justizvollzuges gerade auch vor dem Hintergrund einer ausgezeichneten Finanzlage im Land und dem

nahenden Doppelhaushalt 2020/21 keinen Hehl. Es gelte, den schon jetzt sich abzeichnenden Kurs einer „nachhaltigen Reform des Justizvollzuges“ gerade auch mit Blick auf die aktuellen und kommenden Herausforderungen zu gehen. Hier seien die GRÜNEN – als in der Regierungsverantwortung befindlich – nunmehr aufgerufen, in ihrer Rolle als Regierungspartei auch tätig zu werden und zu „liefern“.



Von links:
BSBD Chef
Alexander Schmid,
MdL Nese Erikli,
MdL Jürgen Filius
und VwL
Schöwe.
Foto:
BSBD BW

PM des JuM 3. September 2018

Telemedizin in Justizvollzugsanstalten des Landes

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf stellt bundesweit einmaliges Pilotprojekt vor

Guido Wolf: „Die Telemedizin hat ein großes Potenzial, unsere Bediensteten im Justizvollzugsdienst zu entlasten und die medizinische Versorgung der Gefangenen zu verbessern.“



Baden-Württembergs Minister der Justiz und für Europa, **Guido Wolf**, hat am 3. September 2018 das bundesweit einmalige Pilotprojekt zur Erprobung der Telemedizin in Justizvollzugsanstalten des Landes vorgestellt. **Wolf** erläuterte das Projekt in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart gemeinsam mit dem Präsidenten der Landesärztekammer Baden-Württemberg, **Dr. Ulrich Clever**, und dem Vertreter des beauftragten Telemedizinienstleisters, **Prof. Dr. Martin Scherer**.

Minister Wolf sagte: „Die medizinische Versorgung gestaltet sich insbesondere in den Abend- und Nachtstunden sowie an Wochenenden und Feiertagen nicht einfach.“ Aber auch die Ausführungen zu Ärzten außerhalb der Justizvollzugsanstalten seien mit einem enormen Personal- und Kostenaufwand verbunden und begründen zugleich ein Sicherheitsrisiko.

„Die Telemedizin hat ein großes Potenzial, unsere Bediensteten im Justizvollzugsdienst zu entlasten und die medizinische Versorgung der Gefangenen zu verbessern. Schon nach den Erfahrungen der ersten Wochen mit einer Vielzahl erfolgreich abgeschlossener telemedizinischen Behandlungen lässt sich sagen, dass wir hier auf einem

sehr guten Weg sind.“ Der Präsident der Landesärztekammer Baden-Württemberg, **Dr. Ulrich Clever**, erklärte: „Im Sommer 2016 haben wir – bundesweit als Vorreiter – unsere Berufsordnung geändert, um die ausschließliche ärztliche Fernbehandlung im Rahmen von Modellprojekten zu ermöglichen.“

Als Genehmigungsinstanz für Modellprojekte lege die Landesärztekammer Baden-Württemberg bei ausschließlichen ärztlichen Fernbehandlungen größten Wert auf Patienten- und Datensicherheit sowie Qualität. Ärztinnen und Ärzte würden für die besondere Behandlungssituation und Zielgruppe speziell geschult. Zudem seien wissenschaftliche Begleitevaluationen zwin-

gend, betont Kammerpräsident **Dr. Clever**. Die Telemedizin lässt sich mit dem im Justizvollzug des Landes bereits flächendeckend umgesetzten und bewährten Videodolmetschen kombinieren. Die Justiz Baden-Württemberg wird damit ihrer Vorreiterrolle in Sachen Digitalisierung abermals gerecht. **Guido Wolf:** „Die Chancen der Digitalisierung sind gewaltig und es liegt an uns, diese zu nutzen.“

Wir haben im Land mit diesem bundesweit einzigartigen Modellprojekt unsere Offenheit für technische Innovationen mit unserem Sinn für pragmatische Lösungen verknüpft. Dafür gilt auch der Landesärztekammer mein herzlicher Dank!



Ein Videomediziner (Mitte), eine Krankenpflegekraft und ein Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalt (rechts) in der Rolle des Häftlings simulieren eine Behandlungssituation in der Justizvollzugsanstalt Stammheim. Foto: dpa

Weitere Informationen:

Das Pilotprojekt ist seit Juni dieses Jahres schrittweise bei sechs Justizvollzugsanstalten des Landes an den Start gegangen. Der Dienstleister gewährleistet die Zuschaltung eines Allgemeinarztes und eines Psychiaters innerhalb weniger Minuten zu jeder Tages- und Nachtzeit an jedem Wochentag. Die Behandlung der Gefangenen vor Ort erfolgt in den Krankenabteilungen der Anstalten. Dort werden die Gefangenen von Mitarbeitern des Krankenpflagedienstes unmittelbar betreut. Der Krankenpflagedienst kann bei Bedarf als verlängerter Arm des Telemediziners bei der Diagnostik und der Behandlung tätig werden. Die Kosten des sechsmonatigen Modellprojekts und die zwingende wissenschaftliche Begleitstudie belaufen sich auf ca. 470.000 Euro.

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 80 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst

TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: ☎ 0800 - 77 88 000



Vermittelt: Karin Jäckel • Am Husalsberg 3 • 30900 Wedemark • Tel. 05130/97572-30 • Fax 05130/97572-59 • E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

Gewalt in Gefängnissen

Zu dem sehr problematischen Themenbereich „Gewalt in Justizvollzugsanstalten“ hat die Pressestelle des JuM am 10. August 2018 dem SWR Baden-Württemberg folgende Informationen zur Verfügung gestellt:

Aktuelle Zahlen:

	2016	2017	2018 (bis 30.6.)	insgesamt
Angriffe auf Bedienstete	32	22	17	71
Widersetzlichkeiten mehrerer Gefangener und Versuche hierzu	2	0	0	2
Vorsätzliche Misshandlungen unter Gefangenen	75	87	32	194
Sicherstellungen von Betäubungsmitteln	189	221	103 (25.7.18)	513
insgesamt	298	330	152	780

Angriffe auf Bedienstete werden nur erfasst, wenn sie ernstlicher Art sind, insbesondere eine Dienstunfähigkeit zur Folge haben. Bei vorsätzlichen Misshandlungen unter Gefangenen erfolgt eine Erfassung, wenn die Folgen erheblich sind, insbesondere eine Arbeitsunfähigkeit eingetreten ist.

Erscheinungsformen der Gewalt unter Gefangenen und der Gewalt gegen Justizvollzugsbedienstete sind im Rahmen einer verfassungskonformen Vollzugsgestaltung, die auf eine ge-

meinsame Unterbringung während der Arbeit und der Freizeit ausgerichtet ist, leider nicht vollständig zu verhindern. Die besondere Herausforderung des Justizvollzugs besteht darin, Gewalttätigkeiten jedweder Art unter Gefangenen rechtzeitig zu erkennen und zu unterbinden. Hierzu werden umfangreiche präventive und – wo nötig – auch repressive Maßnahmen ergriffen. Das deeskalierende Vorgehen der Bediensteten trägt dazu bei, dass es nicht zu mehr Gewalttätigkeiten kommt.

Neben laufenden **präventiven Maßnahmen** zur Verhinderung von Gewalt in Justizvollzugseinrichtungen und zur Resozialisierung von zu Gewalttaten neigenden Gefangenen, wie Anti-Gewalt- und Anti-Aggressionstrainings sowie Behandlungsprogrammen für Gewaltstraftäter, sind derzeit auch spezifische Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Gefangene in Vorbereitung.

Erkennbar **gewaltbereite Gefangene**, die mit präventiven Maßnahmen nicht zu erreichen sind, werden mit besonderen Sicherungsmaßnahmen belegt, die in erster Linie dazu dienen, Mitgefangene vor Übergriffen zu schützen. Gefangene, die einer nicht zu konkretisierenden Gefahr ausgesetzt sind, können zu ihrem Schutz in gesonderten Abteilungen untergebracht werden. Letztlich dienen auch verschiedene bauliche Maßnahmen – beispielsweise in der Justizvollzugsanstalt Adelsheim in den vergangenen Jahren vorgenommene zusätzliche Bereichsabtrennungen – und in jüngerer Zeit vorgenommene Aufteilungen von Freizeitmaßnahmen in kleinere Gruppen dazu, Gewalt unter Gefangenen vorzubeugen.

Die Justizvollzugseinrichtungen gehen jedem Hinweis auf Gewalt umgehend nach und erstatten bei Anhaltspunkten für strafbares Verhalten Strafanzeige bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft.

Sommerfest der BBW-Jugend in Stuttgart

BSBD beim Sommerfest der BBW-Jugend mit dabei

Bei strahlendem Sonnenschein und besten äußeren Bedingungen konnte die Vorsitzende der BBW-Jugend, Mirjam Schmidt, am 20. September 2018 viele Vertreter der Jugendsektion der Mitgliedsgewerkschaften des BBW auf dem Hohengeren in Stuttgart begrüßen.

Auch der **BSBD-Jugendleiter Philipp Weimann** aus der Justizvollzugsanstalt Heilbronn hatte natürlich dieser Einladung sehr gerne Folge geleistet und war in Begleitung des **BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid** erschienen. Die Ansprachen von **Mirjam Schmidt** und dem **BBW-Vorsitzenden Kai Rosenberger** zeigten, welchen Stellenwert der **BBW** seiner Jugendarbeit einräumt. In Anwesenheit der Kooperationspartner von **BBBank, BGV,**



V.l.: Alexander Schmid, Mirjam Schmidt, Kai Rosenberger und Philipp Weimann.

Foto: BBW

Debeka und HUK-Coburg wurde anschließend bei kalten Getränken und leckerem Grillgut viel gesprochen und besprochen. Ein toller Abend für alle Anwesenden.

Die **BBW-Jugend (bbw-j)** ist der Zusammenschluss aller Fachjugendgewerkschaften der Mitgliedsverbände innerhalb des **BBW** und ihr gehören die in den Mitgliedsverbänden organisierten Jugendlichen an.

Für die Organisation und für die Durchführung der Jugendarbeit gilt die Satzung der **bbw-j**, in der die Ziele der **bbw-j** wie folgt definiert sind:

Die **bbw-j** führt ein Jugendleben nach eigener Ordnung mit selbständiger Geschäftsführung in allen Fragen der Jugendarbeit, die ihr zur Verfügung gestellten Mittel verwendet sie in eigener Verantwortung. Sie ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.

Die BBW-Jugend vertritt die Interessen der jungen Beschäftigten

Die **bbw-j** hat die Aufgabe, die Interessen der jungen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der privaten Dienstleistungsunternehmen, die eine öffentliche oder ehemals öffentliche Dienstleistung erbringen, zu vertreten und ist aufgerufen, alle Maßnahmen für die Entwicklung der Jugend zu fördern. Hierzu gehört die Entwicklung zu mitdenkenden und mithandelnden, kritisch/verantwortungsbewussten Staatsbürgern.

Die **bbw-j** fördert die geistigen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder. Sie widmet sich ferner der politischen Bildung sowie der nationalen und internationalen Jugendbegegnung und der jugendpflegerischen Arbeit im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes.

Als berufsbezogener Jugendverband hat die **bbw-j** die Aufgabe, berufs- und verbandspolitische Schulungen durchzuführen. Dazu gehört auch die Mitwirkung an der Fortentwicklung des Berufsbeamtentums und des Tarifrechts.

Die **bbw-j** beteiligt sich an der Lösung der Probleme der außerschulischen Jugendarbeit, der Jugendpolitik und der Jugendgesetzgebung.

Bestellung der Landesfachgruppenvertreter und Fachgruppenvertreterinnen bei der Landeshauptvorstandssitzung

am 28. Juni 2018 im Tagungshotel Aramis in Gäufelden



Foto: © sdecoret/Adobe Stock

§ 11 (2)	Fachgruppe	FGV	Stellvertretung
d	Vollzugsdienst im Justizvollzug	Jürgen Scheike Uwe Zielinski	Steffen Schelenz
e	Ärztlicher Dienst	Andreas Galster	Yasmine Hack
f	Gehobener Verwaltungsdienst	Elfriede Ensle-Bohn	Harald Haag
g	Höherer Verwaltungsdienst	Thomas Müller	
h	Junge Bedienstete	Philipp Weinmann	Gina Killewald
l	Krankenpflegedienst	Detlef Hamacher	Silke Haustein
J	Landwirtschaftlicher Dienst	Martin Schäfer	Gerhard Geckeler
k	Mittlerer Verwaltungsdienst	Klaus Frank	Rainer Bittner
l	Pädagogischer Dienst	Karin Christeinicke	Hagen König
m	Psychologischer Dienst	Hans Guggenheim	Bert Mäckelburg
n	Senioren	Georg Konrath	
o	Sozialpädagogischer Dienst	Sven Brühl	Felix Grood
p	Technischer Dienst/Werkdienst	Remigius Maidel	Alexander Müller
q	unter das Tarifrecht fallende Bedienstete	Sabine Glas	Andreas Placht
r	Weibliche Bedienstete	Karin Maier	Edina Basic

Als **Datenschutzbeauftragter** im **BSBD-Landesverband** gem. Europäischer DSGVO wurde **Andreas Rothböck** benannt und vom Landeshauptvorstand einstimmig bestätigt.

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.



→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

 **Top-Finanz.de** · Nulltarif-☎ **0800-33 10 332**
Andreas Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken



Kompetenz & Augenmaß für den Strafvollzug

Gewerkschaft Strafvollzug

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

www.bsbd.de

BSBD hat den gehobenen Verwaltungsdienst im Blick

Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst steckt den Fahrplan ab

Am 24. Oktober 2018 trafen sich die Mitglieder der Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst in den Räumen der DPoIG in Stuttgart zur Herbstsitzung der Fachgruppe gehobener Verwaltungsdienst.

Fachgruppensprecherin Frau **Elfriede Ensle-Bohn** begrüßte die Teilnehmer. Erfreulicherweise konnten zwei Gäste, die Kolleginnen **Andrea Bauer** (JVA Schwäbisch Hall) und **Svenja Lehner** (JVA Mannheim), in der ansonsten fast vollzähligen Gruppe begrüßt werden. Kollege **Harald Haag** war wegen eines dienstlichen Termins entschuldigt.

Die beiden jungen Kolleginnen bekundeten durch ihre Teilnahme an der Sitzung ihr Interesse, künftig in der Fachgruppe als feste Mitglieder mitarbeiten zu wollen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Mehrzahl der Fachgruppenmitglieder in den nächsten Jahren pensionsbedingt aus der Fachgruppe ausscheiden wird, freuen sich die „Altgedienten“ sehr über die „neuen Gesichter“.

Zum Einstieg in die Sitzung rief Frau **Ensle-Bohn** die von der Fachgruppe beim Delegiertentag im Herbst 2017 gestellten Anträge in Erinnerung. Durch die Annahme der Anträge durch die Delegiertenversammlung wurde der Landesvorstand beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass für freiwerdende Stellen im gehobenen Verwaltungsdienst im Justizvollzug Rechtspflegeranwärter/innen eingestellt werden, die bereits im Auswahlverfahren für die Zulassung zum Studium Interesse an einer zukünftigen Tätigkeit im Justizvollzug bekunden und für diese Verwendung geeignet erscheinen.

Stellen sollen mit leistungsstarken, insbesondere für die anspruchsvollen speziellen Aufgaben im Justizvollzug geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern besetzt werden.

Ein weiterer Antrag an den Delegiertentag befasst sich mit der Forderung, den Laufbahnangehörigen durch Transparenz hinsichtlich planbar freiwerdender Stellen die Möglichkeit zu verschaffen, berechnete berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zu fördern und Entwicklungschancen einzuräumen.

Anknüpfend an diese Forderungen widmete sich die Fachgruppe der Vorbereitung des Treffens mit den Herren **Egerer** und **Drexler** am 6. November 2018 im Justizministerium in Stuttgart.

In Begleitung unseres Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** werden die Fachgruppenmitglieder **Andreas Rothböck** und **Elfriede Ensle-Bohn** die dringendsten Anliegen der Laufbahn gehobener Verwaltungsdienst im Justizvollzug vortragen.

Schwerpunktt Themen werden sein:

- Maßnahmen zur Personal-/Nachwuchsgewinnung.
 - Verbesserung der Qualifizierung für die Aufgaben im Justizvollzug.
 - Förderung beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten.
 - Personalverstärkung auf Grund von Aufgabenzuwächsen und Personalzuwächsen in anderen Laufbahnen.
 - Bereitstellung von Mitteln für die „Personalpflege“ (Verbesserung der Rahmenbedingungen, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen etc.).
 - Strukturelle Verbesserungen, insbesondere Beförderungswartezeiten.
- Über den Verlauf des Gesprächs wird

die Fachgruppe im nächsten Heft berichten.

Anschließend beschäftigte sich die Fachgruppe mit dem Entwurf des Personalentwicklungskonzepts für die Laufbahnen des gehobenen Justizdienstes, des Amtsanwaltsdienstes, des Bezirksnotariatsdienstes sowie des gehobenen Verwaltungsdienstes im Justizvollzug. Im Austausch mit der Justizpraxis ist ein Konzeptentwurf entstanden, der im Intranet eingesehen werden kann und zu welchem noch bis 15. November 2018 Anregungen und Kritik eingereicht werden können. Die Anliegen der Fachgruppe finden sich in diesem Konzept breit gestreut wieder.

Aufgabenstellung der Fachgruppe wird es künftig sein, die gesteckten Ziele und Bekundungen zu beobachten und deren Umsetzung einzufordern, damit das Konzept nicht nur das Papier wert ist, auf dem es gedruckt ist, sondern wirklich gelebt wird.



Die Leiterin der Fachgruppe Frau Ensle-Bohn im Gespräch.

Foto: BSBD BW

Gelungene Fachgruppentagung für weibliche Bedienstete

Vielseitiger Themenkatalog auf der Tagesordnung

Am 18. Oktober 2018 fand unsere diesjährige Fachgruppentagung für weibliche Bedienstete – diesmal auf dem Hohrainhof der JVA Heilbronn – statt.

Auch neue Fachgruppenvertreterinnen waren dabei, und sofort entstand ein vertrautes Miteinander.

Vormittags tauschten wir uns aus zu Themen – wie beispielsweise Teilzeitbeschäftigung/Beförderungsmöglichkeiten, die Rolle der Frau im Männervollzug und vieles mehr. **BSBD-**

Landesvorsitzender **Alexander Schmid** rundete den Vormittag mit seinem Bericht über den **BSBD** allgemein und die aktuellen Geschehnisse im Land ab.

Nach einem sehr guten Mittagessen, das uns von der JVA Heilbronn in die Kapelle auf dem Hohrainhof kredenzt wurde, durften wir **Heidi Deuschle**, die Landesfrauenvertreterin des **BBW**, begrüßen, die uns Einblick in ihre Arbeit und die aktuellen Themen des **BBW** ermöglichte. Zudem informierte sie uns über die Mütterrente und die Mindestversorgung. Zum Abschluss an

BSBD-Tarifgruppe beim BBW

Verbesserungen im Tarifbereich werden angestrebt

Am 2. November 2018 besuchten die beiden Sachbearbeiterinnen für Tarifangelegenheiten im BSBD-Landesverband Baden-Württemberg Sabine Glas und Sabine Bischof den in der Landesleitung des Beamtenbundes BBW zuständigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Jörg Feuerbacher in seiner Dienststelle in Calw, um mit ihm über aktuelle Fragestellungen der Tarifbeschäftigten im Justizvollzug zu sprechen.

Themen waren neben der Eingruppierung der Kolleginnen und Kollegen und teilweise langen Befristungen auch ganz generell die gemeinsame Erörterung einer Strategie, die nachhaltige Verbesserungen gerade auch im Tarifbereich des Justizvollzuges ermöglichen soll.

Wir vom BSBD erhoben daher auch die Forderung, bei den anstehenden Tarifverträgen eine Öffnung des Tarifvertrages zumindest in E 8 zu erreichen.



Sabine Bischof, Jörg Feuerbacher und Sabine Glas.
Foto: BSBD BW

Herr Feuerbacher sagte hierfür seine Unterstützung zu.

Weiterhin soll angestrebt werden, die Befristungen – wie in der allgemeinen Justiz üblich – auf drei Jahre zu beschränken.

Das Gespräch mit dem Vertreter des Dachverbandes BBW war auch daher so wichtig, weil nur über gewerkschaftliche Netzwerke im Bereich des Tarifs etwas zu bewegen sein wird.

Für das Frühjahr 2019 ist eine Fachgruppentagung Tarif geplant. Die Einladungen werden dann über die BSBD-ÖVV an die Tarifvertreter weitergeleitet. Wir erhoffen uns hier dann neue Impulse im Austausch mit den Tarifvertretern der Ortsverbände des BSBD.

Glas/Bischof



Die Fachgruppe der Frauen im Justizvollzug – mit Alexander Schmid (links) und Thomas Stuntz.

eine gelungene, wenn auch wieder zu kurze Tagung bekamen wir noch eine Führung vom Dienstleiter des Hohrainhofes, Kollege **Freigang**, der sich viel Zeit für uns nahm und alle Fragen zur „Staatsdomäne Hohrainhof“ beantwortete. Vielen Dank an dieser Stelle

auch an Kollegen **Thomas Stuntz** für die perfekte Organisation der Tagung, sowie an die Kollegen und Kolleginnen, die ihn dabei in irgendeiner Weise unterstützt haben. Wir freuen uns auf die nächste Tagung für weibliche Bedienstete im Oktober 2019. *Karin Maier*

Fachgruppe Seniorinnen und Senioren im BSBD gegründet

BSBD gibt seinen Seniorinnen und Senioren ein Zuhause

Am 01.10.2018 haben sich auf Einladung des Landesfachgruppensprechers für Seniorenfragen im BSBD, **Georg Konrath**, zahlreiche Fachgruppenvertreter für Seniorenfragen der Ortsverbände des BSBD in Gültstein getroffen.

Ziel war es, eine landesweite Fachgruppe zu etablieren und sich über die weitere Seniorenarbeit im BSBD auszutauschen. Als sehr erfreulich beurteilte **Georg Konrath**, dass ein kompetentes und engagiertes Team neu gewählt werden konnte und somit die Betreuung der Seniorinnen und Senioren im

BSBD, die sich ganz wesentlich auf die Kooperation mit dem Seniorenverband ö.D.BW (Premiummitgliedschaft) gründet, gewährleistet werden kann.

Folgende Funktionen wurden besetzt:

1. **Georg Konrath** – Landesfachgruppensprecher
2. **Uwe Zielinski** – Stellvertretender Landesfachgruppensprecher
3. **Uwe Pappert** – Schriftführer
4. **Jürgen Scheike** – Pressereferent
5. **Siegfried Sailer** – Beisitzer
6. **Otmar Maile** – Beisitzer
7. **Hardy Wolf** – Beisitzer
8. **Frank Maertins** – Vertreter des Landesvorstandes



Hinten, v.l.
Hardy Wolf,
Jürgen Scheike.
Mitte v.l.
Uwe Pappert,
Frank Maertins,
Uwe Zielinski.
Vorne v.l.
Siegfried Sailer,
Otmar Mail und
Georg Konrath.

Foto: BSBD BW

PM des JuM BW vom 11.07.2018 (Auszug, Red.)

Arbeitstherapie der JVA Rottenburg baut Wildbienenhaus

Übergabe an Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der 55. Stallwächterparty

Aufgrund vieler Anfragen ist Aufnahme in die Produktpalette geplant. Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: „Ich freue mich, dass es das Wildbienenhotel aus Rottenburg in die Schlagzeilen geschafft hat. Das ist auch eine Anerkennung für die tolle Arbeit der Beschäftigten im Vollzuglichen Arbeitswesen.“

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der 55. Stallwächterparty in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund ein Wildbienenhaus für das Bundeskanzleramt übergeben. Dieses stammt aus der Arbeitstherapie der Justizvollzugsanstalt Rottenburg. Inzwischen sind so viele Anfragen zum Wildbienenhaus eingegangen, dass geplant ist, dieses in die reguläre Produktpalette der Arbeitstherapie in Rottenburg aufzunehmen.

Das auf Wunsch der Landesvertretung individuell konstruierte und gebaute Wildbienenhaus ist ein gutes Beispiel für die pfiffigen Produkte aus unseren Justizvollzugsanstalten. Das Wildbienenhotel aus Rottenburg ist auch eine Anerkennung für die tolle Arbeit der Beschäftigten im „Vollzuglichen Arbeitswesen“. Die Arbeitstherapie der JVA hat auf Wunsch der Landesvertretung Baden-Württemberg das Wildbie-



Ministerpräsident Winfried Kretschmann übergibt Bundeskanzlerin Angela Merkel das Wildbienenhaus aus der Arbeitstherapie der Justizvollzugsanstalt Rottenburg.

nenhaus mit dem Umriss von Baden-Württemberg konstruiert. Es besteht aus einer Platte und wasserfest verleimten, FSC-zertifizierten Multiplexplatten. Die Boxen wurden mit Schilf und Papprohren befüllt. Gebaut wurde es von einem Gefangenen, der, bevor er in die Arbeitstherapie kam, noch nie mit Holz gearbeitet hat, innerhalb zwei-

er Arbeitstage. Für die Produkte der Arbeitstherapie in Rottenburg wird nur Holz aus nachhaltiger regionaler Forstwirtschaft verwendet. In der Arbeitstherapie Rottenburg werden verschiedene Holzprodukte hergestellt, darunter eine Vielzahl an Umweltschutzprodukten wie Vogelfutterhäuschen, Nistkästen und Insektenhotels.

19. Bundes Motorrad Treffen der Justiz

A promotional poster for the 19th Federal Motorcycle Meeting of the Justice system. The background is red. On the left is a white guard tower with a red roof and the text 'Rock am Limes'. In the center, a white silhouette of a Roman soldier in a helmet and armor stands next to a white picket fence. Below the soldier is a shield-shaped logo with a grid pattern and the text 'JVA ADELSHEIM'. The text 'SPORTGELÄNDE BOFSHEIM LIVE ACT: ROCK'S OFF GONZO'S JAM' is written in white and yellow. At the bottom, the dates '04.-07.07.2019' are written in large white font, and 'JAIL RIDERS ADELSHEIM' is written in yellow. The website 'Info unter: www.jailridersadelsheim.jimdo.com' is at the bottom right.

SPORTGELÄNDE BOFSHEIM
LIVE ACT:
ROCK'S OFF
GONZO'S JAM

04.-07.07.2019

JAIL RIDERS ADELSHEIM

Info unter: www.jailridersadelsheim.jimdo.com